

DEZEMBER 2015

• GRÜßWORT DES PRÄSIDENTEN

Sehr geehrte Mitglieder,

hinter uns liegt eine sehr arbeitsintensive Zeit, wozu ein Besuch in Luxemburg, dem Land, das den Ratsvorsitz der EU innehat, die Vorstandssitzung der Europäischen Vereinigung und ein Besuch in Wien sowie unser traditionelles jährliches Abendessen und Seminar in Brüssel gehörten. Nicht unerwähnt bleiben dürfen die zahlreichen Programme „EP to Campus“, die den Herbst verschönerten. Unsere Mitglieder beteiligten sich an hochrangigen Konferenzen und Seminaren zu aktuellen Themen, die von europäischen und überseeischen Universitäten durchgeführt wurden. Ein ausführlicher Bericht über diese Programme wird in der Ausgabe vom März 2016 erscheinen.

Der Besuch Luxemburgs fand vom 12. bis 14. November statt. Er war außerordentlich interessant und sehr gut organisiert, so dass das umfangreiche Programm bewältigt werden konnte. Die VEM-Delegation besuchte die Abgeordnetenkammer des Großherzogtums Luxemburg, den Europäischen Rechnungshof und den Gerichtshof der Europäischen Union. Hier möchte ich unseren Mitgliedern aus Luxemburg, Erna Hennicot-Schoepges und Astrid Lulling, für ihre Unterstützung bei der Organisation dieser erfolgreichen Veranstaltung sowie der luxemburgischen Vereinigung ehemaliger Parlamentarier für ihre Gastfreundschaft meinen Dank ausdrücken. Diese Ausgabe enthält Beiträge von Teilnehmern an dem Besuch, die ihre Eindrücke von den Gesprächen wiedergeben, die in den verschiedenen Institutionen stattfanden. Bilder, vorbereitende Unterlagen und weitere Informationen werden auf der Website des VEM abrufbar sein: www.formermembers.eu.

Unser Besuch in Luxemburg ist nicht das einzige Thema dieser vierteljährlichen Ausgabe, in der der Abschnitt „Focus“ dem Thema „Europe in the World“ gewidmet ist. Unsere Gastautoren behandeln in ihren Beiträgen verschiedene Aspekte dieser Thematik. Als besondere Ehre betrachte ich die Tatsache, dass der ehemalige Präsident Italiens und das ehemalige Mitglied des Europäischen Parlaments, Giorgio Napolitano, zu diesem Abschnitt mit einem Artikel beigetragen hat, der die Überschrift trägt: „A Legal Europe and the new World Order“.

Lassen Sie mich auch die Gelegenheit ergreifen, auf die Vorstandssitzung der Europäischen Vereinigung vom 8. Oktober in Wien zurückzublicken, der ein Seminar zum Thema „Seventy Years of the United Nations: Are there chances of a UN reform and the establishment of a Parliamentary Assembly?“ folgte. Die delegierte des VEM Brigitte Langenhagen berichtet über das Ergebnis dieser Veranstaltung.

Besonders möchte ich all denjenigen danken, die bei den Jahresveranstaltungen des VEM am 2. Dezember zugegen waren. Mir war es eine Freude, so viele meiner Kollegen beim Abendessen zu sehen. Wie in früheren Jahren war Gastgeber des Cocktailempfangs Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments. Unser Ehrengast war Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Vizepräsidentin der Kommission. Das diesjährige jährliche Seminar befasste sich mit dem Thema „EU Migration and Asylum policies“, und die Aufzeichnungen von dem Seminar werden auf der Website des VEM zur Verfügung gestellt. Ein Bericht über diese Veranstaltung wird in der Ausgabe vom März

2016 veröffentlicht, und der Abschnitt „Focus“ dieser Ausgabe wird dem komplexen und problematischen Thema „Migration in Europe“ gewidmet sein.

Ich möchte Sie alle einladen, zu einem neuen Abschnitt dieses Bulletins mit der Überschrift „Letters to the President“ beizutragen. Dankbar wären wir für Äußerungen von Mitgliedern zu Artikeln oder anderen Informationen, die in dem Bulletin veröffentlicht werden, oder zu relevanten Themen von Interesse für alle Mitglieder. Alle eingehenden Mitteilungen werden gewissenhaft für eine Veröffentlichung in Erwägung gezogen.

Ich möchte Ihnen auch die Lektüre des Abschnitts „Latest News“ empfehlen, wo Sie Näheres über den Zugang zu *Agence Europe* erfahren, der nunmehr allen Mitgliedern des VEM gewährt wurde. *Agence Europe* ist ein täglicher Newsletter über die EU und ihre Institutionen und gilt allgemein als eine verlässliche Quelle von Informationen über die europäische wirtschaftliche und politische Integration.

Zum Schluss möchte ich allen danken, die einen Beitrag zu dieser Ausgabe geleistet oder 2015 an der Arbeit des VEM mitgewirkt haben und dieses Jahr für unseren Verein zu einem erfolgreichen Jahr werden ließen.

Ich wünsche Ihnen und all Ihren Angehörigen frohe Weihnachten und ein glückliches, erfolgreiches und gesundes Jahr 2016!

Mit freundlichen Grüßen

Enrique Barón Crespo
Vorsitzender des VEM

- **AKTUELLEN GESCHEHEN**

EIN LEBEN FÜR EUROPA

Hans-Gert Pöttering ist ein Mann der ersten Stunde. Seit 1979 gehörte er dem Europäischen Parlament an und blieb ihm zutiefst verbunden bis zu seinem Ausscheiden bei der letzten Europawahl 2014. Ich erinnere mich: Verlockungen, sich in anderen Bereichen außerhalb des Parlaments zu engagieren, widerstand er stets. Er zog es unter anderem vor, Präsident des Europäischen Parlaments zu werden und ein verlässlicher permanenter Ansprechpartner für das In- und Ausland zu sein. So ist es nur zu verständlich, dass die Konrad Adenauer Stiftung (KAS) glücklich ist, ihn nun als ihren neuen Präsidenten zu feiern und zu ehren.

Anlass des großen Ereignisses in Berlin war der 70. Geburtstag, den Hans-Gert Pöttering im Haus der Konrad Adenauer – Stiftung in Berlin feierte. Es war sichtlich ein bewegender Moment im Leben eines Vollblutpolitikers, der sich der Europäischen Idee von Menschlichkeit Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verschrieben hat. In Wort und Schrift und Tat.

Die Glückwunschadressen waren beredtes Zeugnis. Sie kamen von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, vom Ehrenvorsitzenden der KAS, Professor Bernhard Vogel, und vom Vorsitzenden der EVP, Joseph Daul. Unter den zahlreichen Gästen waren auch Wolfgang Schüssel, Bundeskanzler a. D. Österreichs, Mikuláš Dzurinda, Ministerpräsident a. D. der Slowakei, Janez Jansa, Ministerpräsident a. D. Sloweniens und unser früherer FMA Präsident Jose María Gil-Robles.

Sie alle unterstrichen, dass Europa für das Geburtstagskind eine wahre Herzensangelegenheit war und ist. Sie betonten den unermüdlichen und unbeirrbaren Einsatz, als es beispielsweise um die Erweiterung der Europäischen Union 2004 ging.

Viele Kämpfe mussten gefochten werden, viele Wahlen innerhalb der Partei und zum Europaparlament mussten gewonnen werden. Viele spannende Momente der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts und von heute weiß Hans-Gert Pöttering aus dem eigenen Erleben in seiner ununterbrochenen 35jährigen Mandatszeit zu erzählen.

Der Jubilar hatte auch eine größere Zahl Schüler und Schülerinnen aus seiner Heimat eingeladen. Mit eigenen Augen und Ohren zu sehen und zu hören, dass Geschichte von Menschen gemacht wird, dass Mut und Engagement dazu gehören, dass lebenslanges Lernen und Offenheit Voraussetzungen sind für ein friedliches Miteinander, das war ein nachhaltiger Gewinn für diese jungen Menschen. Sie können nun dem oft negativen Bild eines Politikers ihre eigenen positiven Erfahrungen entgegensetzen.

Und noch eins fiel auf: Der so Gefeierte wandte sich auch direkt seiner Familie zu. Seine Söhne saßen mit ihren Familien unter uns, und sie hörten einen Vater, der wusste, dass ein Beruf, zumal der eines Politikers, mit seinem unabwendbaren öffentlichen Leben, eine Aufgabe ist, die auch manches Opfer seiner Angehörigen abverlangt, aber dass die Liebe des Vaters nie erlischt. Dieser Moment berührte.

Im nächsten Jahr soll nun in Brüssel auf dem Gelände des Europäischen Parlaments das „Haus der europäischen Geschichte“ eröffnet werden. Laut Angela Merkel müsste es eigentlich „Haus Pöttering“ heißen. Dies ist ein weiterer Meilenstein im Leben des Geehrten.

Und wir von der FMA? Ja, wir waren dabei. Wir konnten so auch zum Ausdruck bringen, wie sehr wir der Konrad Adenauer – Stiftung zu Dank verpflichtet sind. Sie hat uns – wie auch die Friedrich Ebert Stiftung - auf unseren verschiedenen anspruchsvollen study visits jederzeit tatkräftig unterstützt.

Natürlich war auch die große Flüchtlingswelle ein brennendes Thema. Das FMA Dezember-Seminar widmet sich ebenfalls dieser riesigen Problematik. Doch den heiteren Moment des Innehaltens, der Besinnung und der Begegnung mit Jung und Alt, aus nah und fern, haben alle genossen.

Brigitte Langenhagen
EPP-ED, Deutschland (1990-2004)
Brigitte-langenhagen-cux@t-online.de

VIER PARLAMENTE ERGREIFEN DIE INITIATIVE FÜR EINEN NEUEN IMPULS

Die nationalen Parlamente müssen sich im europäischen Entscheidungsprozess unbedingt für die Stärkung der Institutionen der Union einsetzen.

Dies ist der zentrale Punkt der parlamentarischen Aktionserklärung, die die Präsidenten der Parlamente der vier Gründerstaaten der Union, nämlich Deutschland, Frankreich, Italien und Luxemburg (das derzeit den Ratsvorsitz innehat) am 15. September in Rom unterzeichnet haben.

Dieser Aspekt ist deshalb so bedeutend, weil er sich gegen den Zeitgeist richtet. Im Sog der diffusen Europa-Feindlichkeit, die inzwischen in weiten Teilen der öffentlichen Meinung vorherrscht, tun sich die nationalen Parlamente der Union in der Tat derzeit damit hervor, dass sie vehement die Rückführung von Kompetenzen an die Staaten betreiben, d. h. sie sind für eine reaktionäre Verlagerung weg vom Zentrum der Union hin zur Peripherie.

In dieser Erklärung wird der Prozess indes umgekehrt und an die historische Entwicklung angeknüpft. Dabei wird die „föderale Staatenunion“ als Begriff noch einmal bekräftigt und gleichzeitig die Forderung nach Mut und Pragmatismus erhoben, damit Souveränität auf europäischer Ebene gemeinsam wahrgenommen werden kann. Es sind hier also nationale Parlamente –als Wächter der Souveränität der Völker und der in der Verfassung verankerten Identität ihrer Staaten –, von denen die Bereitschaft zur Abgabe weiterer Teile ihrer Souveränität ausgeht, um der europäischen Integration neuen Schwung zu verleihen. Dabei gilt es, die Rolle der Parlamente ein unverzichtbares Element zu würdigen, aber nicht etwa, um zu einem abgeschotteten Nationalismus alter Schule zurückzukehren, sondern um Europa einer entsprechenden Vision und das notwendige Planungsinstrumentarium an die Hand zu geben, damit die Union sich nicht länger quälend von einem Ausnahmezustand zum nächsten hangeln muss.

Im Grunde ist dies eine politisch authentische und maßgebliche Auslegung von Artikel 12 des Vertrags von Lissabon. Es geht darum, eine große Allianz der nationalen Parlamente (auf supranationaler Ebene gemeinsam mit dem Europäischen Parlament) zu bilden, um gemeinsam auf die Sorgen der Bürger zu reagieren und Antworten parat zu haben, vor allem, was die Gefahr betrifft, dass eine verlorene Generation heranwächst, die keine Arbeit hat und ohne Hoffnung ist.

In dieser Erklärung stellt der Wert der Zusammenarbeit zwischen den Parlament in einem wichtigen euro-nationalen parlamentarischen System das eigentliche Schlüsselement einer erneuerten Legitimation der Union in den Augen einer konfusen und oft getäuschten Öffentlichkeit dar.

Andrea Manzella
PES, Italien (1994-1999)
an.manzella@gmail.com

DIE ZEICHEN DER ZEIT

Wenn ein Schiff in Seenot gerät, wirft man die unwichtigen Dinge über Bord. Gegenwärtig sieht es so aus, als ob die Masseneinwanderung das Schiff der Union zum Kentern brächte. Ein gemeinsames Auftreten gibt es nicht, und einige Regierungschefs beschimpfen ihre Kollegen in der Presse. Die Kommission liegt mit dem Rat im Streit, trägt zu dem Problem nur hohle Phrasen bei und hat außer Symptombehandlung keine Lösungsvorschläge. Die Bürger wenden sich immer mehr vom gemeinsamen Europa ab, der Euroskeptizismus erstarkt und die Feindschaft gegenüber Brüssel nimmt zu.

Ich habe bereits vor einigen Jahren gesagt, dass eine europäische Gemeinschaft der Zukunft die Kommission nicht braucht. Es gibt ein von den Bürgern gewähltes Parlament und der Rat hat bereits einen ständigen Präsidenten. Sein Amt und der Fachapparat des Parlaments müssen gestärkt werden. Das Parlament muss das Vorschlags- und Initiativrecht erhalten, über das jede andere gewählte Volksvertretung naturgemäß verfügt. Damit würde die Führung der Union der der Mitgliedstaaten ähneln und wäre für die Bürger durchschaubar, außerdem wäre sie billiger und effizienter als gegenwärtig.

Die Kommission war als Motor für den Aufbau eines gemeinsamen Europa unerlässlich. Wäre sie von den Gründern der Europäischen Union nicht ins Leben gerufen worden, gäbe es diese Union nicht. Heute ist die nunmehr fünfzig Jahre alte Kommission aber nicht mehr Motor, sondern Bremse der Entwicklung der Union. Ihre Untauglichkeit kann sogar zum Zerfall der Union führen. Die Gegner der Union irren sich: Die Staaten Europas brauchen heute mehr Zusammenhalt und Kooperation denn je. Die Stärkung der europäischen Wirtschaft, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, die Bewältigung der Folgen des Klimawandels, die Energieversorgungssicherheit, der wirksame Schutz der Umwelt, die Effizienz von Forschung und Entwicklung und der Schutz der Außengrenzen der Union können nur gemeinsam erreicht werden. Selbst die stärksten Mitgliedstaaten würden durch die Aufgabe des Zusammengehens zur Bedeutungslosigkeit verdammt. Mit der Freizügigkeit der Bürger wäre es vorbei. Die Bürger Europas wären den Herausforderungen der Globalisierung schutzlos ausgeliefert.

Es darf also nicht die Union aufgelöst werden, sondern nur die Organe, durch die die Union nicht gestärkt, sondern geschwächt wird. Wenn jede Ratsformation einen ständigen Präsidenten erhielte, entstünde eine Zentralregierung unter Leitung des ständigen Ratspräsidenten, durch die das Gleichgewicht zwischen gemeinsamer Entscheidungsfindung und nationaler Souveränität nicht gefährdet würde.

Wäre die Abschaffung der Kommission ein zu schwerwiegender Eingriff? Möglicherweise ja, aber er wäre durch das Ergebnis, nämlich eine Union, die den aktuellen Aufgaben besser gewachsen ist, gerechtfertigt. Das Wesentliche, nämlich die Einheit Europas, bliebe erhalten. Wie Giuseppe Tomasi di Lampedusa in seinem Roman „Der Gattopardo“ sagte: Es muss vieles verändert werden, damit sich nichts verändert. Das ist das Wesen einer jeden Reform: Das Gute, die Werte, werden bewahrt, indem man sich vom Überflüssigen befreit.

Die Migrationskrise zeigt, dass die gegenwärtige Führung der EU nicht nur wegen ihres Personals, sondern auch aus strukturellen Gründen unfähig ist, die Krisensituation zu

bewältigen. Obwohl diese Untauglichkeit bereits in der Wirtschafts- und Finanzkrise zutage trat, wurde inhaltlich nichts unternommen. Die gegenwärtige Überstürztheit und Kopflosigkeit bergen eine neue Chance, dass nach tiefgehenden Reformen eine europäische Führung geschaffen wird, die die Interessen der Bürger vertritt, und dass der Zersplitterung in Machtkämpfen zwischen den verschiedenen Kräften und Organen ein Ende bereitet wird.

Gleichzeitig dürfen wir jedoch nicht vergessen, dass es mit Strukturreformen allein noch nicht getan ist. Heute beruft man sich häufig darauf, dass Europa unerwartet von der Migrationswelle getroffen worden sei. Zwar haben die Geheimdienste nicht davor gewarnt, aber stattdessen taten dies bedeutende Vertreter des europäischen Geisteslebens: So machte zum Beispiel der Nobelpreisträger Imre Kertész bereits vor Jahren auf die vom Islam ausgehenden Gefahren aufmerksam, gegenüber denen Europa aufgrund des „selbstmörderischen Liberalismus und der dummen Demokratie“ wehrlos geworden sei. Ohne Liberalismus und Demokratie kann kein Staat gut funktionieren, aber diese beiden Begriffe sind mittlerweile verzerrt und zu Karikaturen ihrer selbst geworden. Das kann uns alle in Gefahr bringen. Wir müssen nicht nur die Strukturen, sondern auch unser Denken reformieren. Und wenn wir die Zeichen der Zeit verstehen, werden wir das auch schaffen.

László Surján
EPP, Ungarn (2004-2014)
laszlo.surjan@mkdsz.hu

EIN SCHWARZER TAG IN DER EUROPÄISCHEN GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

Es war ein schwarzer Tag in der europäischen Gleichstellungspolitik, die so vielem bahnbrechend war, als vor kurzem nach jahrelanger erfolgloser Wartezeit die sogenannte Mutterschutzrichtlinie von der Europäischen Kommission zurückgezogen wurde. Das gleiche Schicksal könnte der Gleichstellungsrichtlinie aus dem Jahr 2008 drohen, die nun schon geschlagene acht Jahre im Rat auf Verabschiedung wartet- nicht zuletzt blockiert durch die Bundesrepublik Deutschland.

Dort hat man keinen Leidensdruck, denn das Land befindet sich in einer beneidenswert komfortablen Situation, weil dort das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz bereits alle Bereiche denkbarer Diskriminierung abdeckt. Umso unverständlicher ist die mangelnde Bereitschaft, diesem Anspruch auch auf der gesamten EU-Ebene zur Geltung zu verhelfen. Die deutschen Europaabgeordneten Maria Noichl, Mitglied des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter, und Birgit Sippel, Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, appellieren daher an ihre Parlamentskolleginnen und –kollegen, gegenüber dem Rat Druck zu machen, die Richtlinie endlich zu verabschieden.

Die Old-Boys-Networks leben fort!

Es gibt bereits ein akzeptables Schutzniveau vor Rassismus und Sexismus in der EU in den Bereichen Beschäftigung und Arbeitsmarkt, aber darüber hinaus sind die nationalen

Rechtsstandards meist sehr dürftig. Deshalb kommt es darauf an, den Schutz auf Soziales, Bildung und auf den Zugang und die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen etwa in den Bereichen Transport und Wohnraum auszudehnen. Wie nötig das ist, hat eine Anhörung im Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter belegt. Eine Studie des Europäischen Gleichstellungsinstituts (EIGE) und eine Studie der Forschungsabteilung des Europäischen Parlaments über die Situation von Unternehmerinnen in der EU haben viele Benachteiligungstatbestände offen gelegt. Es liegt nicht am mangelnden Interesse von Frauen, sich selbständig zu machen, sondern vor allem daran, dass man ihnen viele Steine in den Weg legt. Daher entfallen auf sie im EU-Durchschnitt nur ein Drittel der Neugründungen. Der Frauenanteil steigt allerdings, wenn es sich um soziale Unternehmen handelt. Frauen fühlen sich der Allgemeinheit eher verpflichtet, und ihre Pläne sind weniger hochfliegend, was ihnen aber als Nachteil ausgelegt wird. Banken lehnen ihre Kreditanträge häufiger ab, weil Bescheidenheit als Indiz dafür angesehen wird, dass weniger Wachstums- und Gewinnerträge zu erwarten seien. Eine zunehmende Erschwernis ergibt sich daraus, dass sich nach wie vor männlich geprägte unternehmerische Netzwerke Frauen gegenüber eher abwehrend verhalten. Die Old-Boys-Networks sind eben noch lange nicht am Ende! Was dagegen zu tun ist, lässt sich der EIGE-Studie entnehmen, siehe: Study on area F of the Beijing Platform for Action "Women and the economy", Good Practices in Women's Entrepreneurship, www.eige.europa.eu.

Nachholbedarf auch in Schweden

Schweden hat den Ruf, ein Eldorado der Gleichstellung zu sein. Es ist unbestritten, dass Schweden in vielem die Nase vorn hat. Aber auch dort gibt es Nachholbedarf, wie der Besuch der schwedischen Ministerin für Kinder, Senioren und Gleichstellung im EP-Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter belegt hat. Die markanteste Zahl: auch in Schweden beträgt die durchschnittliche Rente von Frauen nur 60 Prozent der Männerrenten. Die Verabschiedung der Gleichstellungsrichtlinie ist also mehr als überfällig (siehe oben!). Damit es nicht noch mehr schwarze Tage für Europas Frauen gibt!

Karin Junker

PES, Deutschland (1989-2004)

Karin.junker@t-online.de

THERAPIETREUE IM ALTER EIN EUROPÄISCHES ANLIEGEN

Alljährlich führen die Komplikationen und die mangelnde Befolgung medizinischer Behandlungen in Europa zu etwa 200 000 Todesfällen, und sie stellen einen Kostenfaktor im Gesundheitswesen von bis zu 80 Milliarden EUR pro Jahr dar (Quelle: AIFA).

Worum geht es?

Eine der am häufigsten benutzten Definitionen stammt von Sacket: „Die Therapietreue ist das Verhältnis zwischen dem Verhalten einer Person (Einnahme von Arzneimitteln, Befolgung einer Diät, Änderung des Lebensstils) und der ärztlichen Anweisung.“

Die Lebenserwartung ist in den letzten 50 Jahren in Europa durchschnittlich um etwa zehn Jahre gestiegen, was auf die sozioökonomische und ökologische Verbesserung der Lebensbedingungen sowie die Verbesserung der medizinischen Fürsorge und Behandlung zurückzuführen ist.

Die Stärkung der langfristigen Nachhaltigkeit und Wirksamkeit der Gesundheitssysteme stellt eine der Prioritäten der Europäischen Innovationspartnerschaft „Aktivität und Gesundheit im Alter“ dar. Hier hat Europa die Gelegenheit, sich als weltweiter Vorreiter zu profilieren, der in der Lage ist, innovative Antworten auf die aufgetretenen Probleme zu geben.

Eine der Grundvoraussetzungen, um dies zu erreichen, ist nicht nur die Vorsorge und eine gesunde Lebensführung sondern auch die Therapietreue. Wird die Therapie nicht befolgt, führt dies zu dem Risiko notorischer Rückfälle und unerwünschter Auswirkungen. Dies bedeutet sehr ernst zu nehmende Gefahren für die Gesundheit sowie zusätzliche Kosten für die Gesundheitssysteme.

In Europa gibt es derzeit zwar keine Schätzung der Kostensenkung, die durch Therapietreue erreicht werden könnte, aber in den USA wurde gemessen, dass durch die Befolgung der Therapie Einsparungen von 105 Milliarden US-Dollar sowie eine Verringerung der Krankenhausaufenthalte um 68,8 %, der Notaufnahmen um 4-8 %, der Klinikbesuche um 22 % und der Arzneimittelkosten um 4,4 % möglich wären.

Was sollte bei dieser Sachlage getan werden?

Zur Förderung der Therapietreue gehört, dass die Rechte und Pflichten des chronischen Patienten anerkannt werden und dass er Verantwortung übernimmt.

Man kann Maßnahmen ergreifen; so schlägt beispielsweise die FederAnziani, der italienische Verband der Seniorenvereinigungen, dessen Ziel es ist, die Rechte älterer Menschen und ihre Lebensqualität zu schützen, verschiedene Wege vor. Dazu zählen die Vereinfachung der Therapien, die Bildung multidisziplinärer Teams von Spezialisten und Pharmazeuten, individuelle Therapiepläne, die Überwachung der Therapietreue vor Ort, Beratungsdienste, Schulungen für die Betreuer chronischer Patienten, therapeutische Kontinuität und zentrale Anlaufstellen für die Bürger.

Abschließend ist zu sagen, dass Europa und die Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürger und zur Verringerung der Gesundheitskosten, die kaum noch von den Gesundheitssystemen getragen werden können, die Pflicht haben, alle gangbaren Lösungswege in Erwägung zu ziehen, die geeignet sind, die Therapietreue zu verbessern.

In diesem Zusammenhang beehrt sich die SIHA (Senior International Health Association), Sie zu dem europäischen Kongress zu Therapietreue am 24. und 25. Februar 2016 im Palais des congrès, Brüssel, einzuladen.

Oreste Rossi
EFD/EPP-ED, Italien (2009-2014)
Oreste.rossi64@gmail.com

- **ZENTRALES THEMA**

DAS EUROPA DES RECHTS UND EINE NEUE WELTORDNUNG

Das kritische und selbstkritische Reflektieren über den Zustand von Europa kann nicht losgelöst von den radikalen Änderungen und traumatischen Ereignissen erfolgen, die das globale Gefüge, die globale Ordnung überrollt haben.

Europa muss es daher als seine essentielle Aufgabe verstehen, neue Visionen und Regeln für eine wirklich nachhaltige Finanzordnung und wirtschaftliche Entwicklung auf globaler Ebene beizusteuern.

Können wir uns im Angesicht der historischen Veränderungen und Erschütterungen für machtlos erklären? Dürfen wir die schlimmeren, dunkleren Rückfälle in eine Vergangenheit, die wir längst überwunden glaubten, zulassen und siegen lassen über die besseren Ressourcen und Potentiale, aus denen wir unsere Gesellschaften aufgebaut haben und die diese verkörpern? Nein, das dürfen wir sicherlich nicht.

Das Europa des Rechts – das sowohl Grundrechte als auch unabdingbare Pflichten umfasst – hat eine historische Tradition, ist eine Summe aus Werten und ein greifbares Ergebnis des vor sechzig Jahren begonnenen Integrationsprozesses. Es gehört ohne Zweifel zum Bild Europas in der Welt und ist der Beitrag, den Europa zum Aufbau einer neuen internationalen Ordnung beisteuern kann.

Es ist als außergewöhnlich, einzigartig in der Welt zu betrachten, ein Gemeinschaftsrecht auf kontinentaler Ebene geschaffen und konkret sowie bindend den Vorrang, den Primat der Gemeinschaftsvorschriften gegenüber den internen Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten etabliert zu haben. Diese Errungenschaft – der Meisterhaftigkeit eines Netzes europäischer Gerichtshöfe überlassen – ist ein genau so wichtiger Fortschritt im Integrationsprozess wie die Einführung der gemeinsamen Währung durch den Vertrag von Maastricht.

In seinem im letzten Jahr erschienenen Buch „Weltordnung“ widmete Henry Kissinger Europa eine tiefgründige, von Sympathie und Dramatik gekennzeichnete Reflexion und verweist auf das Risiko, dass Europa eingehe, wenn es sich auf sich selbst konzentriert, während die Suche nach einer Weltordnung, zu deren Perspektive es selbst wesentlich beitrage, sich in einer kritischen Phase befinde, die einige Regionen der Welt überrollen könnte, und an ihrer Umgestaltung nicht teilnehme.

Mir erscheint die Annahme jedoch übertrieben, dass Europa seinen internen Aufbau als seine vorrangige geopolitische Aufgabe betrachten könnte und sich somit vom aktuellen Strom der Definition einer neuen internationalen Ordnung abschneidet.

Die Entwicklung dieses „internen Aufbaus“ im Sinne einer Vertiefung der Integration und dem Erreichen einer wirklichen politischen Union ist unabdingbar, eben damit Europa seinen eigenen Beitrag zur Weltordnung effektiv beitragen kann.

Auf die Baustelle einer neuen internationalen Ordnung muss Europa auch und vor allem seine historischen Erfahrungen und seine Kultur im Gepäck mitbringen. Es wurden

zahlreiche Gelegenheiten nicht genutzt und Beiträge von beachtlicher Qualität, die gut ausgearbeitet wurden und bekannt gemacht wurden, verliefen im Sand, um das zu definieren und zu verwerten, was als „geistige und kulturelle Dimension Europas“ bezeichnet wurde.

Wir müssen uns Visionen in diesem Geiste zuwenden und eine neue Vision für die Beziehung von Europa zur Welt zu finden. Jeder muss seinen Teil dazu beitragen und in das Leben der Union jenen Samen der Kultur und der demokratischen Beteiligung einpflanzen, dessen Fehlen das große und unersetzliche europäische Projekt den so schwerwiegenden Phänomenen und des Risikos der Abnutzung ausgesetzt hat.

Giorgio Napolitano

Ehemaliger Präsident der Italien und Senator auf Lebenszeit

Giorgio.napolitano@senato.it

DIE ROLLE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS IN DER AUSSENPOLITIK DER EU

Noch nie zuvor musste sich die Europäische Union derart vielen und großen außenpolitischen Herausforderungen stellen wie zurzeit. Die EU verfügt über ein breit gefächertes Instrumentarium, mit dem sie diese Herausforderungen angehen und gleichzeitig ihre Werte und Interessen wahren kann. Sie arbeitet aktiv mit Partnern in Nachbarländern und andernorts auf dem Globus zusammen, um Frieden und Wohlstand zu fördern. Finanzinstrumente für Entwicklung und Unterstützung tragen zu Reformen und sozialem Wachstum bei, während mit diplomatischen Bemühungen und mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst die Bindungen zu Ländern und Institutionen intensiviert werden. Zur Bewältigung von Krisen wird ein Globalkonzept verfolgt, wobei die EU alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente einsetzt, um ihr Ziel zu erreichen. In den vergangenen Jahren ist die EU in ihren Bemühungen immer selbstbewusster aufgetreten. Sie ergreift tatkräftig koordinierte Maßnahmen, um z. B. die Piraterie vor der Küste Somalias oder den Menschensmuggel im Mittelmeerraum zu bekämpfen.

Während die außenpolitischen Maßnahmen der EU größtenteils immer noch auf der Ebene des Rates und der Mitgliedstaaten koordiniert werden, hat der Europäische Auswärtige Dienst seit der Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon an Bedeutung gewonnen; insbesondere die Rolle des Europäischen Parlaments und seine Möglichkeiten haben sich über die letzten Jahre hinweg stetig weiterentwickelt. Immerhin kann sich das Parlament als das Organ, das den europäischen Bürgern am nächsten steht, auf seine demokratische Legitimierung berufen und spielt eine wichtige Rolle, sei es bei der Förderung der öffentlichen Debatte, der Information der Wähler als auch dabei, die Unterstützung der Öffentlichkeit für politische Maßnahmen zu gewinnen. Ohne das Parlament blieben diese außenpolitischen Entwicklungen undurchsichtig und den EU-Bürgern zu fern, als dass sie eine breite Unterstützung bekämen. Die Rolle des Europäischen Parlaments als EU-Organ besteht also darin, politische Maßnahmen vorzuschlagen und zu untersuchen, die Richtung vorzugeben und auf bestimmte Sachverhalte aufmerksam zu machen sowie Erfahrungen und Fachwissen zu bieten. Das entspricht den Erwartungen der EU-Bürger.

Das Europäische Parlament hat diese Rolle in den letzten Jahren mit immer größerem Erfolg gespielt. Im Laufe des Integrationsprozesses hat sich das EP einen Namen als Hüter der europäischen Werte und als starker Verfechter der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit gemacht. Es hat sich als mächtiger Vertreter der EU weltweit etabliert, der für die Werte und globalen Interessen der EU eintritt, sowohl innerhalb der EU als auch auf internationaler Ebene. Zusammen mit Partnern wie dem Rat, der Kommission und dem Europäischen Auswärtigen Dienst arbeitet das EP aktiv daran, dass die EU zu einem selbstbewussten Akteur zum Wohle aller wird.

Darüber hinaus nimmt das Parlament seine Verantwortung bei der Überprüfung der Maßnahmen des Exekutivorgans sehr ernst, damit die Exekutive niemals die gemeinsam vereinbarten Ziele aus den Augen verliert. Beispielsweise informiert der/die HV/VP vor und nach jeder Tagung des Rates „Auswärtige Angelegenheiten“ den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten über die Verhandlungen und beantwortet die von den Mitgliedern gestellten Fragen zu den Prioritäten und zum Inhalt. Mit dem Vertrag von Lissabon kann das Parlament sich darüber hinaus aktiver in die Bereiche politische Zusammenarbeit und Handel einbringen, insbesondere was internationale Vereinbarungen anbelangt, und die Exekutive zur Rechenschaft ziehen.

Das Parlament ist außerdem wesentlich an der Festlegung des Rechtsrahmens für einen Großteil der Maßnahmen der Kommission beteiligt. Die Hilfe, die die EU ihren europäischen Nachbarn, Beitrittskandidaten und Ländern in aller Welt gewährt, wird im Rahmen von Programmen erteilt, auf die man sich gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren geeinigt hat und in die somit die Prioritäten des Parlaments einfließen. Für Abkommen oder Verträge, die die EU mit ihren Partnern weltweit abschließt, ist nunmehr die Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich. Dadurch ist das Parlament in der Lage, direkt Einfluss auf die von der EU weltweit eingegangenen Verpflichtungen zu nehmen und dafür zu sorgen, dass diese Verpflichtungen mit seinen Zielen im Einklang stehen.

Ohne Zweifel haben sich die außenpolitischen Herausforderungen für die EU in den letzten Jahren vervielfacht. Sie reichen von einer immer mehr erstarkenden Selbstbehauptung Russlands im Osten über den Krieg in Syrien bis hin zur Migrationskrise. In diesem Zusammenhang hat das Parlament mehr und mehr die Führung übernommen, wenn es darum geht, nachhaltige politische Maßnahmen zu fördern und Interessenvertreter aus allen möglichen Bereichen zu versammeln, um an langfristigen Lösungen zu arbeiten, die sowohl unseren Bürgern als auch unseren Partnern dienen. Das Parlament ist weiter in Entwicklung begriffen, doch nimmt man die vergangenen Jahre als Anhaltspunkt, dann ist davon auszugehen, dass das Parlament durch die Herausforderungen, denen sich Europa momentan gegenüber sieht, weiter gestärkt wird und dass es seine Aufgabe als Stimme der EU-Bürger in außenpolitischen Angelegenheiten noch besser wahrnehmen kann.

Elmar Brok, MdEP

Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

EPP-ED, Deutschland

Elmar.brok@europarl.europa.eu

EINE HANDELSPOLITIK, DIE UNSEREN WERTEN RECHNUNG TRÄGT

Da die Weltwirtschaft auf dem Weg der Erholung ist, wird es immer offensichtlicher, dass die Wirtschaftskraft in der Europäischen Union ohne exportorientiertes Wachstum nicht erreicht wird, geschweige denn aufrechterhalten werden kann. Die Bedeutung des internationalen Handels darf in einer Welt der globalen Lieferketten, auf die wir angewiesen sind, nicht unterschätzt werden. Es ist wesentlich, die Bedeutung der EU-Handelspolitik für diese globale Dynamik aufrechtzuerhalten, insbesondere weil es ersichtlich ist, dass unsere Partnerländer die Integration ihrer Märkte vorantreiben, etwa vor dem Hintergrund der in diesem Herbst zwischen zwölf Pazifikanrainernstaaten abgeschlossenen Transpazifischen Partnerschaft, der auch die USA, Japan, Kanada und Australien angehören. Aber die Marktöffnung stellt nur einen Teil der Herausforderung dar: Es ist gleichermaßen wichtig, die Werte der EU in den Mittelpunkt all unserer auswärtigen Angelegenheiten zu rücken.

Die Kommission hat unlängst ihren Plan für einen verantwortungsvollen Handel im Laufe der nächsten vier Jahre vorgestellt. Die Strategie umfasst lobenswerte Ausführungen zu Transparenz, nachhaltiger Entwicklung und verantwortlichem Regierungshandeln. Es wird die Aufgabe aller drei Organe während dieser Mandatsperiode sein, zu zeigen, dass die Union es ernst meint und diesen Worten Taten folgen lässt.

Nach einem längeren Zeitraum der Stagnation in der Welthandelsorganisation zeigt sich Licht am Ende des Tunnels, wenn es um die handelspolitische Zusammenarbeit auf globaler Ebene geht. Das Übereinkommen über Handelserleichterungen, durch das der Korruption Einhalt geboten und die Effizienz des internationalen Handels erhöht werden soll, wurde abgeschlossen; die EU muss so vielen Ländern wie möglich nahelegen, es vor der nächsten Konferenz des WTO-Ministerrats am Ende dieses Jahres zu ratifizieren.

Dennoch ist der Weg hin zu einem umfassenden Übereinkommen im Rahmen der WTO noch weit, und da die EU Verhandlungen über bilaterale Abkommen weltweit aufnimmt und abschließt, kommt dem Europäischen Parlament eine wichtige Rolle zu, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass die Werte der EU die Liberalisierung des Handels untermauern. Durch den Vertrag von Lissabon wurden dem Parlament die Befugnisse der Zustimmung bei internationalen Abkommen und der Mitentscheidung bei den Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Handels eingeräumt. Wir verfügen stets über die „nukleare Option“, gegen vollkommen inakzeptable Handelsabkommen ein Veto einzulegen, jedoch soll dieser Umstand vermieden werden; das Parlament trägt daher eine Verantwortung, der Kommission und dem Rat kontinuierlich mit kohärenten Orientierungshilfen zur Seite zu stehen. Diese wiederum müssen diese Maßstäbe ernst nehmen.

Die Auswahl unserer Handelspartner ist dabei der Ausgangspunkt, um unseren guten Vorsätzen Taten folgen zu lassen. Unterdrückerische Regimes und Militärdiktaturen sind keine Grundlage für eine Handelspolitik, die den Bürgern zum Vorteil gereicht. Daher hat die EU die Verhandlungen mit Thailand nach dem Militärputsch in dem Land zu Recht eingefroren. Das Parlament hat zu Recht eine Ausweitung der Handelspräferenzen auf Usbekistan blockiert, während die IAO weiterhin schwerwiegende Bedenken bezüglich der Zwangs- und Kinderarbeit auf den Baumwollfeldern hat.

In Fällen, in denen Handelsverhandlungen mit Ländern aufgenommen werden, müssen wir die Gespräche und die Texte an das jeweilige Entwicklungsniveau anpassen. Einige Industrieländer haben ähnliche Zielvorgaben mit Blick auf die nachhaltige Entwicklung und den Schutz der Menschenrechte. Hier müssen wir bewährte Verfahren ermitteln, um damit zu beginnen, neue globale Standards zu schaffen. So sollten wir den Vereinigten Staaten beispielsweise nahelegen, sämtliche Kernübereinkommen der IAO über die Arbeitnehmerrechte zu ratifizieren und umzusetzen, während die Kommission wiederum erwägen sollte, einen verbindlichen Durchsetzungsmechanismus bei unseren Arbeitnehmerrechten einzuführen, der jenem ähnelt, den die Vereinigten Staaten bereits in internationale Handelsabkommen einbeziehen. Derweil sollte die EU die Einbeziehung der nachhaltigen Entwicklung in Handelsvereinbarungen mit südostasiatischen Ländern mit Nachdruck fördern, die diesen Teil der Handelspolitik landläufig nicht berücksichtigt haben. Was unsere Entwicklungs- und Handelsbeziehungen mit Afrika sowie der Karibik- und Pazifikregion anbelangt, ist es an der Zeit, dass wir unsere Beziehungen über die schlichte Gewährung eines unbegrenzten Marktzugangs hinaus auch auf eine vertiefte Zusammenarbeit ausrichten, um die AKP-Staaten vollständig an die Weltwirtschaft heranzuführen.

Um auf internationaler Bühne glaubwürdig zu sein, müssen unsere internen Rechtsvorschriften dieser verantwortungsvollen Handelspolitik Rechnung tragen. Derzeit ist das Parlament dabei, Vorschläge zu verändern, um eine angemessene Regelung mit Blick auf die Sorgfalt bezüglich der Lieferkette einzuführen, damit Mineralien aus Konfliktgebieten nicht in die EU eingeführt werden. Wir ziehen ebenfalls eine Aktualisierung der Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Folter in Erwägung, um das Verbot für den Handel mit Gütern, die für Folterzwecke bestimmt sind, zu verschärfen. Bei beiden Themen muss die EU eine konsequente Haltung einnehmen, indem sie ein verbindliches Zertifizierungsprogramm einführt und für Bestimmungen sorgt, durch die die EU schnell reagieren kann, um Ausfuhren von Gütern zum Zwecke der Folter zu blockieren.

Da die EU der weltweit größte Binnenmarkt ist, dem eine halbe Milliarde Menschen angehört, verfügen wir über eine nie dagewesene Macht, um einen nachhaltigen und fairen Handel weltweit zu gestalten. Wir können Märkte öffnen, um Arbeitsplätze zu schaffen und KMU in Europa zu unterstützen, und zugleich Mindeststandards bei den Arbeitnehmerrechten und der Umwelt festlegen. Die Glaubwürdigkeit der Union bei der Forderung nach einer Reform der globalen Handelspolitik wird dadurch auf den Prüfstand gestellt, ob sie die Worte auch in die Tat umsetzt.

David Martin, MdEP
Mitglied des Ausschusses für internationalen Handel
S&D, Vereinigtes Königreich
Twitter: @davidmartinmep

FÜR EINE ERNEUERUNG UNSERER GESELLSCHAFTLICHEN WERTE

Um das europäische Sozialmodell beneidet uns die ganze Welt. Es fußt auf Werten von universeller Gültigkeit. Die große Bedeutung, die wir dem Recht auf Arbeit zumessen, führt

dazu, dass wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen und das Ziel der Vollbeschäftigung anstreben. Während wir bislang die Armen und Schutzbedürftigen durch Sozialhilfe geschützt haben, versuchen wir nun, jeden vor allen Gefahren des Lebens zu bewahren. Bildung und Gesundheit sind für alle zugängliche öffentliche Güter. Mit der Praxis und Gestaltung des sozialen und zivilgesellschaftlichen Dialogs wird die Rolle der Zivilgesellschaft anerkannt. Wir sollten aber nicht vergessen, dass es Jahrhunderte gedauert hat, solch ein System zu erschaffen, und es gibt dabei große Unterschiede zwischen den einzelnen europäischen Ländern. Diese Errungenschaften können nicht direkt in arme Länder und Schwellenländer exportiert werden, insbesondere, wenn es sich um fragile Staaten handelt, die von Diktatoren regiert werden oder in denen Konflikte wüten. Wir sollten außerdem nicht vergessen, dass unser sozialer Schutz vornehmlich unseren eigenen Bürgern vorbehalten ist. Wenn wir ihn für Flüchtlinge und Migranten zugänglich machen, werden unsere Solidarität und unsere Werte auf die Probe gestellt.

Hinzu kommt, dass unser Sozialmodell, das für die neuen Herausforderungen der Überalterung, Generationengerechtigkeit und technologischen Revolution nur schlecht gerüstet ist, durch die Krise und durch das derzeit nicht ausgeschöpfte Wachstumspotenzial beeinträchtigt wird. Ich begrüße es, dass Präsident Juncker vor dem Europäischen Parlament erklärt hat, er wolle „einen Kern an europäischen sozialen Rechten schaffen, der der jeweiligen Entwicklung der europäischen Gesellschaften und der Arbeitswelt Rechnung trägt und der den Weg zu einer Rückkehr zur Konvergenz in der Eurozone weisen kann“. Was seine Organisation anbelangt, so heißt dies, dass das Sozialmodell weniger auf einem Wohlfahrtsstaat und mehr auf der Solidarität der Zivilgesellschaft mit öffentlich-privaten Partnerschaften und neuen Wegen der Beschaffung von Ressourcen auch auf Gemeinschaftsebene (zumindest im Bereich der Ausbildung und Beschäftigung) beruhen wird.

Die inneren Herausforderungen für Europa können nicht mehr von den äußeren Herausforderungen getrennt betrachtet werden. China muss sein eigenes System der sozialen Sicherung errichten. Derzeit genießen 95 Prozent der Weltbevölkerung keinen Schutz vor Naturkatastrophen. In den sogenannten „peripheren“ Ländern hängt der Aufbau eines Sozialsystems von der Herausbildung demokratischer Staaten ab, in denen Frieden herrscht. Wenn wir unseren Werten treu bleiben wollen, müssen wir einen europäischen Arbeitsmarkt erschaffen, indem wir die Mitgliedstaaten dazu ermuntern, ihre Arbeitsmärkte für Flüchtlinge und Migranten (sowie in Zukunft auch für die Opfer der Erderwärmung) zu öffnen, für einen besseren Austausch mit den Herkunftsstaaten in beide Richtungen zu sorgen und einen besseren Transfer von Ressourcen der Migranten in ihre Heimatländer zu ermöglichen, wobei die Mitwirkung dieser Migranten von entscheidender Bedeutung ist.

Ich habe mich im Rahmen der Welthandelsverhandlungen der Doha-Runde für die Einführung von sozialen Normen eingesetzt. Wir sind jedoch gescheitert. Die Europäer vergessen, dass ihr sozialer Schutz ein Hindernis für die Entwicklung anderer Gesellschaften sein kann und dass die sozialen Rechte, wie es sie in Industriestaaten gibt, nicht einfach in andere Länder exportiert werden können. Europa sollte sich auch weiterhin für universelle Werte einsetzen, aber es sollte seine Außenbeziehungen im Sinne einer solidarischen Entwicklung überdenken. Papst Franziskus hat darauf hingewiesen, dass wir die ökologischen Herausforderungen nur dann meistern können, wenn wir auch das Problem der

Armut lösen. Die gesamte Menschheit muss geschützt werden, und dies muss das öffentliche Gut erster Güte werden. Die meisten Aufgaben liegen noch vor uns.

Als Beitrag zur öffentlichen Debatte habe ich einen Essay mit dem Titel „Werte und Identität: wofür kämpfen wir eigentlich? Die Vorstellung von einer kulturellen Wiedergeburt“ veröffentlicht.

Philippe Herzog
Frankreich
LU (1989-1994), GUE (1994-1995)
GUE/NGL (1995-2004)
pherzog@confrontations.org

EUROPAS PLATZ IN DER WELT

Europa ist der kleinste der fünf Kontinente. Streng genommen handelt es sich dabei um eine Halbinsel der eurasischen Landmasse, sodass es von einigen russischen Geografen gar als „Vorderasien“ bezeichnet wird. Gleichzeitig ist es der Kontinent, auf dem seit je her die größten Weltreiche beheimatet waren, mit Ausnahme des chinesischen und des amerikanischen Imperiums (womit die Einflussphäre der Vereinigten Staaten von Amerika gemeint ist). Mit einem historisch-geopolitischen Fundus sondergleichen übte diese Region in der Neuzeit bis zum Ersten Weltkrieg eine nahezu absolute Hegemonie über den Rest der Welt aus, und zwar durch seine Kolonialmächte von Großbritannien über Deutschland und das Osmanische Reich bis Italien, wobei auch die Vorposten von Portugal, Spanien, Belgien und den Niederlanden in Afrika und Asien nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Daher rührte auch die Vormachtstellung Europas in Wirtschaft, Kultur und den Wissenschaften.

All dies wurde im europäischen Bürgerkrieg von 1914 bis 1945 größtenteils zerstört, aus dem zum ersten Mal zwei Machtblöcke als Sieger hervorgingen, deren Wurzeln trotz aller kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zum alten Kontinent hauptsächlich außerhalb Europas angesiedelt sind – die Sowjetunion und die USA. Im jahrzehntelangen Kalten Krieg standen die europäischen Mächte jeweils in Diensten eines der beiden Supermächte und gehörten entweder zum atlantischen oder zum prosovjjetischen Lager. Es war in jener Zeit, als der westeuropäische Integrationsprozess auf das strategische Betreiben der Amerikaner hin und dank des Engagements der Gründerväter Schuman, De Gasperi, Spaak und Adenauer seinen Anfang nahm. Zunächst geschah dies in Gestalt der Europäischen Gemeinschaften, aus welchen die Europäische Union hervorging, die nach und nach durch die früheren Satellitenstaaten Moskaus und andere Länder erweitert wurde.

Die Besonderheit dieses begrenzten Raums ist seine Vielschichtigkeit. Auf keinem anderen Kontinent sind so viele Landesgrenzen anzutreffen wie in Europa. Das Ziel der europäischen Integration war es, diese Grenzen immer durchlässiger werden zu lassen, bis sie am Ende ihre Funktion völlig verlieren, wobei zuallererst der Handelsaustausch mit der Perspektive einer wie auch immer gearteten künftigen politischen Vereinigung liberalisiert wurde. Dieser Integrationsprozess auf wirtschaftlicher Grundlage und veredelt durch die stets beteuerten

gemeinsamen Werte war in der Zeit von den fünfziger bis in die achtziger Jahre eine Erfolgsgeschichte. Sein Höhepunkt war die Wirtschafts- und Währungsunion, die hauptsächlich aufgrund der fehlenden politischen Führung nicht die erwarteten geopolitischen Ergebnisse gezeitigt hat. Der steigende Migrationsdruck aus dem Süden und Osten in jüngster Zeit, der durch den Zerfall der Institutionen in den Anrainerstaaten auf dem Balkan, im Mittelmeer und der Levante und die daraus resultierenden Kriege ausgelöst wurde, hat zusammen mit dem Streit über die Haushaltspolitik in der Eurozone, der zuweilen die Wesenszüge eines „Kampfes der Kulturen“ (nordische „Ameisen“ gegen mediterrane „Zikaden“) annahm, dazu geführt, dass die Zeiger der Integration inzwischen rückwärts laufen.

Dank geschickter Politprofis, die es verstehen, diffuse Ängste vor der Wirtschaftskrise und dem Migrationsdruck zu wecken, sind vergangene kollektive Stereotype wieder aufgetaucht, mit denen dieses oder jenes Volk als unzuverlässig oder bedrohlich abgestempelt werden soll. Von der gedanklichen zur dinglichen Welt ist es nicht weit, denn insbesondere in Mittel- und Osteuropa nehmen diese kulturellen Barrieren inzwischen die Gestalt von Mauern und Stacheldrahtzäunen an, die angeblich dazu dienen, illegalen Migranten und Personen, die dafür gehalten werden, den Weg zu versperren, wodurch die Praxis der Abriegelung nach ethnischen und nationalistischen Kriterien, die es in nicht so ferner Vergangenheit gegeben hat und die man dank der europäischen Integration für überwunden hielt, wieder fröhliche Urständ feiert.

In der Tat ist der Handel der einzige Bereich, bei dem die Länder der Europäischen Union heute auf internationaler Bühne noch „mit einer Stimme“ zu sprechen pflegen, wie es in der EU-Rhetorik heißt. Zum Beispiel kann man dies bei den wenig sichtbaren Verhandlungen mit den USA über TTIP, das heißt der Errichtung einer transatlantischen Freihandelszone mit starken geopolitischen Konnotationen, beobachten.

Generell betrachtet ist die Europäische Union trotz ihres eigenen diplomatischen Dienstes in Wahrheit kein Subjekt der klassischen internationalen Beziehungen, die immer noch den Staaten vorbehalten sind, zu denen die EU nun mal nicht gehört. Innerhalb der Gemeinschaft gibt es nur noch drei Mächte, die aufgrund ihrer historischen, geopolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Dimension auf globaler Bühne über Gewicht verfügen: Deutschland, Frankreich, und das Vereinigte Königreich (zumindest solange es in der EU verbleibt). Einen niedrigeren Rang nehmen die Länder Italien, Spanien, Polen und die Niederlande ein, wohingegen die übrigen EU-Staaten über keinen nennenswerten Einfluss auf das geopolitische und wirtschaftliche Geschehen in der Welt haben. Daraus ergeben sich drei Schlussfolgerungen: a) die Stellung der EU auf internationaler Bühne ist zu vernachlässigen, da kein anderer klassischer Akteur der internationalen Beziehungen sie als ebenbürtig betrachtet, weil sie eben kein Staat ist; b) die einzelnen europäischen Mächte, die diesen Namen noch verdienen, zählen umso mehr in der Welt, je mehr es ihnen gelingt, sich in die großen wirtschaftlichen, kulturellen und geopolitischen Kreise einzufügen, wie es Deutschland mit einigem Erfolg mittels seines Einflusses in der Weltwirtschaft versucht; c) sobald sich die EU in einen Staat verwandelt, wird sie angesichts der Summe seiner nationalen Bestandteile ohne Zweifel über ein beachtliches Gewicht in der Welt verfügen, aber dies ist derzeit kein Thema.

Langfristig betrachtet ist die Machtstellung Europas in der Welt daher im Niedergang begriffen. Dies ist nicht zwangsläufig eine Katastrophe, wenn man bedenkt, wie verhältnismäßig friedlich dieser Prozess verläuft, und wenn man berücksichtigt, dass dieser Kontinent trotz alledem eine der am meisten entwickelten und zivilisiertesten Regionen mit den besten Lebensbedingungen in der Welt gehört. Ein Beweis dafür ist unter anderem der Zustrom von Millionen von Menschen, die Europas rettende Ufer erreichen wollen.

Lucio Caracciolo

Herausgeber der italienischen geopolitischen Zeitschrift Limes

l.caracciolo@limesonline.com

- **AKTIVITÄTEN DES VEM**

MEHR SICHTBARKEIT FÜR DEN RECHNUNGSHOF DER EU

Während ihres Besuchs in Luxemburg, das im zweiten Halbjahr 2015 die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union innehat, traf die Delegation mit Verantwortlichen des Rechnungshofes zusammen.

Im Anschluss an den herzlichen Empfang erklärte uns Henri Grethen, luxemburgisches Mitglied des Rechnungshofes, die Funktionsweise des Rechnungshofes anhand einer äußerst informativen Präsentation, die jedem interessierten Bürger zu empfehlen ist (zu finden unter eca.europa.eu). 2015 wurde die Arbeit des Rechnungshofes durch Mittel in Höhe von 141,3 Mio. EUR für 900 Beschäftigte sichergestellt. Die Prüfungen erstrecken sich auf den Europäischen Entwicklungsfonds, die 51 Einrichtungen und sonstigen Organe der EU, Darlehen und Anleihen (einschließlich des europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus) sowie die Effizienz der Verwaltung der Europäischen Zentralbank.

Iliana Ivanova, bulgarisches Mitglied des Rechnungshofes, erklärte uns, wie die Kommunikation mit dem Europäischen Parlament, seinen Ausschüssen, Fraktionen und einzelnen Berichterstattern abläuft. Durch die Anwesenheit einiger unserer Kollegen aus dem Haushaltskontrollausschuss ergab sich eine angeregte Diskussion mit vielen konkreten und fachkundigen Fragen.

Fabrice Mercade legte den Schwerpunkt auf die interinstitutionellen Beziehungen. Für den Rechnungshof ist es wichtig, dass seine Anmerkungen berücksichtigt werden, in der Realität bleiben seine Empfehlungen jedoch oft wirkungslos. Die Kommunikation soll interaktiv und papierlos werden, und der Sprecher des Rechnungshofes wird soziale Medien nutzen, um die Sichtbarkeit des Organs zu erhöhen.

Die Vorstellung des Jahresberichts 2014 und darüber hinaus von Lazaros S. Lazarou ist von aktueller Bedeutung, da er der erste für den Mehrjahresplan 2014–2020 ist. Der Schwerpunkt liegt auf der Leistung, nachdem sich ergeben hat, dass die angestrebte Fehlerquote mit 4,6 % im Vergleich zu den geschätzten 5,5 % infolge von Analysemaßnahmen in Bezug auf das Management erreicht wurde.

Es wurden zahlreiche Fragen gestellt: So gab es in dem streng begrenzten Zeitraum 10 Wortmeldungen zur Funktionsweise, insbesondere dem Verfahren zur Bestellung von Prüfern, der Beschlussfassung und den Botschaften an die Bürger. Eine Fehlerquote von 4,4 % ist allerdings alles andere als zufriedenstellend, da es sich immer noch um viel Geld handelt, auch wenn die Leistung im Vergleich zum Vorjahr als besser bewertet wird. Die Delegation weist auf die negativen Auswirkungen solcher „Enthüllungen“ auf das Vertrauen der Bürger in Bezug auf die Europäischen Organe und die Tatsache hin, dass die Feststellung von Fehlern oder gar Betrug Wasser auf den Mühlen aller euroskeptischen Bewegungen ist.

Ein Großteil der Gutachten betrifft die Überwachung von Projekten einzelstaatlicher Einrichtungen. Wird hierbei die korrekte Verwendung von Mitteln überwacht? Gibt es Empfehlungen des Rechnungshofes für den Fall einer Nichtinanspruchnahme von Mitteln? Die Prüfungen erstrecken sich auf die Leistung. Wird das Subsidiaritätsprinzip hierbei berücksichtigt, wonach die Initiative in den Kompetenzbereich des Mitgliedstaats, und nicht den der Kommission fällt? Welche Ergebnisse gibt es bei der Anti-Korruptions-Politik? Die Komplexität der Verfahren zur Bewertung und Annahme von Projekten ist zu überprüfen.

Die Antworten der Mitglieder des Rechnungshofes belegen, dass die Bestellung der Prüfer im Mitentscheidungsverfahren erfolgt und dass für alle Mitglieder eine Verschwiegenheitspflicht besteht, die uneingeschränkt eingehalten wird. Die Prüfung führt nicht zu Sanktionen, der Rechnungshof spricht Empfehlungen aus und beurteilt Maßnahmen nach ihrer Wirkung für die Bürger. Auch wenn die Fehlerquote hoch ist, so ist anzuerkennen, dass 95,6 % des Haushalts korrekt verwendet werden. 15 % der verfügbaren Mittel werden infolge mangelhafter Leistung in den Mitgliedstaaten nicht verwendet. Diese kann die Folge mangelnder Sachkenntnisse oder eines häufigen Personalwechsels sein. Fragen zur Subsidiarität sind von der Kommission zu beantworten. Was die Verfahren angeht, so sprach sich unser Gastgeber, Henri Grethen, mit voller Überzeugung für eine Vereinfachung aus.

Erna Hennicot-Schoepges
EPP-ED, Luxemburg (2004-2009)
hennicotschoepges@gmail.com

EHEMALIGE MITGLIEDER ENTDECKEN SCHENGEN

Die Reise des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments vom 12. bis 14. November 2015 nach Luxemburg umfasste auch einen optionalen Besuch in Schengen.

Einige ehemalige Mitglieder, die noch nie zuvor in Luxemburg waren, obwohl das Generalsekretariat des Europäischen Parlaments seinen Sitz seit 1952 in dem Großherzogtum hat, waren überrascht, dass Schengen ein wunderschön im Dreiländereck Luxemburg-Deutschland-Frankreich an der Mosel gelegenes Dorf mit 600 Einwohnern ist. Die ehemaligen Mitglieder besuchten das eindrucksvolle Europadenkmal, das zu Ehren der Unterzeichnung des Schengener Abkommens im Jahr 1985 errichtet wurde. Nach einem Besuch im Museum erfreuten sich die ehemaligen Mitglieder an den exzellenten Weinen der Reihe „Côteaux de Schengen“, zu denen auch der Pinot Blanc „Markusberg“ gehörte, den die Organisatorin des Besuchs, Astrid Lulling, besonders empfiehlt.

Der Besuch fand am Tag nach dem grausamen Terroranschlag in Paris statt. Aus diesem Grund waren die möglichen Auswirkungen dieser Gewaltakte auf die Freizügigkeit und die Lebensqualität der Bürger der Europäischen Union sowie die Folgen für unsere offene Gesellschaft häufige Gesprächsthemen.

Als Fazit aus dem Besuch kann gezogen werden, dass die gewaltigen Herausforderungen, mit denen Europa konfrontiert ist, wie z. B. die Migrationskrise, nur in einem stärkeren vereinten Europa bewältigt werden können.

Die Stärke Europas liegt in seiner Einheit, und nicht in seinem Zerfall.

BESUCHEN SIE NACH LUXEMBURG

Der Besuch der VEM-Delegation in der Hauptstadt des im Herzen Europas gelegenen Großherzogtums Luxemburgs während des halbjährigen luxemburgischen EU-Ratsvorsitzes hat großes Interesse geweckt, denn sie bot uns nicht nur die Gelegenheit, sich ein Bild von den Prioritäten und Ergebnissen der Luxemburger Präsidentschaft zu verschaffen, sondern ermöglichte es uns auch, sich vertieft über die Rolle der Europäischen Institutionen zu informieren, die seit jeher ihren Sitz in Luxemburg haben, wie etwa der Europäische Gerichtshof, der Europäische Rechnungshof und das Europäische Parlament, dessen Verwaltung in Luxemburg ansässig ist.

Die Begegnungen, die von Brigitte Langenhangen geleitet wurden, waren ein großer Erfolg, was insbesondere der sorgfältigen und professionellen Vorbereitung durch unsere Kolleginnen Colette Flesch, Erna Hennicot-Schoepges und Astrid Lulling zu verdanken war. Seit dem ersten Juli liegt der Vorsitz des Rates der EU in den Händen von einem der kleinsten Mitgliedstaaten, der gleichzeitig über umfassende europäische Expertise verfügt, unter anderem angesichts der Tatsache, dass Jean-Claude Juncker, der ehemalige Ministerpräsident des Landes und frühere Präsident der Eurogruppe, seit 2014 den Vorsitz der Europäischen Kommission innehat.

Zu den größten Herausforderungen, der die Präsidentschaft gegenübersteht, zählen die griechische Schuldenkrise, die Flüchtlingsströme und die Vorbereitungen auf die Konferenz über den Klimawandel.

Der Präsident der Luxemburgischen Abgeordnetenversammlung, Mars Di Bartolomeo, der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige und europäische Angelegenheiten, für Verteidigung, für Entwicklungshilfe und für Einwanderungsfragen, Marc Angel, der Vorsitzende der ehemaligen Mitglieder des Parlaments, Norbert Hauptert, der Generalsekretär Claude Frieseisen und andere Persönlichkeiten empfingen uns in dem Gebäude, das vor 1860 Wohnsitz der großherzoglichen Familie war und seitdem die Abgeordnetenversammlung, die einzige Kammer des luxemburgischen Parlaments, beherbergt. Diese besteht aus etwa 60 Abgeordneten, die für eine Wahlperiode von fünf Jahren gewählt werden.

Während des im Sitz der Abgeordnetenversammlung stattfindenden Gesprächs analysierten wir das Arbeitsprogramm der Präsidentschaft, dessen Schwerpunkt auf sieben Zielen liegt: Förderung von Investitionen, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern; Vertiefung der

sozialen Dimension der EU; Bewältigung der durch die Migrationsströme entstehenden Probleme unter Berücksichtigung der Aspekte Freiheit, Sicherheit und Recht; Wiederbelebung des Binnenmarkts insbesondere im Hinblick auf den Aspekt der digitalen Wirtschaft; Umsetzung der Wettbewerbsfähigkeit der EU in einem globalen und transparenten Rahmen; Förderung der nachhaltigen Entwicklung und verstärkte Präsenz der EU auf der internationalen Ebene.

Es wurde erkennbar, dass die Luxemburger Abgeordneten ständig um einen konstruktiven Dialog mit den Bürgern bemüht sind, der auch auf einer intensiven und dauerhaften Beziehung zu den europäischen Institutionen beruht, der sich in regelmäßigen Treffen mit den sechs Luxemburger Abgeordneten des Europaparlaments und – angesichts der geografischen Nähe – einer direkten Teilnahme an den Sitzungen des Europäischen Parlaments in Brüssel manifestiert.

Von besonderem kulturellem Interesse war der Empfang, den die Abgeordnetenkammer für uns im Museum für zeitgenössische Kunst des Großherzogtums, dem MUDAM, organisierte. Das am 1. Juli 2006 eröffnete Museum, das dem Großherzog Jean gewidmet ist, einer in der Luxemburger Bevölkerung für sein mutiges Vorgehen während des Zweiten Weltkriegs sehr beliebten Persönlichkeit, ist das erste mit staatlichen Mitteln errichtete Museumsgebäude in Luxemburg.

Es befindet sich mit seinen auf drei Ebenen mit einer Fläche von etwa 3000qm liegenden Ausstellungsräumen mitten in der Stadt. Die Gebäudestruktur wird von geometrischen Formen bestimmt, die mit einer Struktur aus der Vergangenheit verschmelzen, der Festung Fort Thüngen. Dieses außergewöhnliche Gebäude mit seinen offenen und lichtdurchfluteten Räumen ist ein wunderschönes spätes Werk des chinesisch-amerikanischen Architekten Ieoh Ming Pei, der auch die Pyramide im Louvre in Paris entworfen hat. Es ist, trotz seiner der Moderne verhafteten und technisch ausgerichteten Verwendung von Glas und Zement, ein bewundernswertes Beispiel für eine harmonische Einbettung von Architektur in die sie umgebende Landschaft. Das Gebäude ist mit honigfarbigem Magny-Doré-Stein verkleidet, der in unterschiedlichen Farbschattierungen leuchtet, je nach den Lichtverhältnissen, die durch die großen Glasflächen noch verstärkt werden und ein intelligentes Wechselspiel zwischen Innen und Außen schaffen.

Aus Anlass des Ratsvorsitzes wurde eine Ausstellung organisiert, die sich auf den dynamischen Dialog zwischen Kunst und Wissenschaft bezieht, mit dem ein gemeinsamer und gemeinsam genutzter Raum geschaffen werden soll: „Und sie bewegt sich doch“, der bekannte Satz des Vaters der modernen Wissenschaft Galileo Galilei.

Auch die Cafeteria, die wir für eine informelle freundschaftliche Unterhaltung nutzten, wurde als Teil des Erlebnisraums Museums konzipiert. Der Raum, in dem die Gäste an zwei langen Tischen unter einem Schirmdach Platz nehmen können, wurde von den Brüdern Bouroullec gestaltet.

Das MUDAM befindet sich im Stadtteil Kirchberg und bildet einen guten Ausgangspunkt, um einige der interessantesten Architekturdenkmäler Luxemburgs zu besichtigen, einer Stadt, die ein lebendiges Zentrum des modernen Europa darstellt. Auf der gegenüberliegenden Seite

der Avenue John Fitzgerald Kennedy befinden sich der Europäische Gerichtshof, die Europäische Investitionsbank, die Türme der sogenannten „Porte de l'Europe“ und das Kongresszentrum „Alcide De Gasperi“.

Wir verbrachten einen ganzen Tag im Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), der seit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags 2009 offiziell diesen Namen trägt, und informierten uns über den Rechtsschutz durch die Europäische Union nach der im vergangenen Monat beschlossenen Reform.

Der Sitz des EuGH ist ein imposantes repräsentatives Gebäude von Dominique Perrault mit ca. 124.000 qm Nutzfläche, dessen Fassade beinahe einen halben Kilometer lang ist. Er liegt in einem Stadtviertel, das von Verwaltungsgebäuden und anderen öffentlichen Bauten sowie Büro- und Bankgebäuden dominiert wird, etwa von dem von Christoph Ingenhoven entworfenen hochmodernen Sitz der Europäischen Investitionsbank, der den höchsten ökologischen Anforderungen entspricht.

Das Gebäude des Gerichtshofs beherbergt auf seinen zahlreichen Ebenen herausragende Kunstwerke. Seine Höhe beträgt etwa zwölf Meter. Eine 300m lange Galerie verbindet die Teile des Gebäudes miteinander. Dort befinden sich auch die Cafeteria und die Kantine, eine große Bibliothek und Sitzungsräume. Besonders eindrucksvoll sind die beiden mit goldfarbenem Aluminium verkleideten, 24 Stockwerke hohen Zwillingstürme mit ihrer Höhe von 107m, in denen die meisten der Mitarbeiter ihre Büros haben. Im Morgenlicht strahlen die Fassaden hell, während sie in der Abenddämmerung eine intensive gelbe Färbung annehmen.

Der Präsident des EuGH, Koen Lenaerts, erklärte uns voller Engagement die wichtige Rolle, die der Gerichtshof spielt, um dafür zu sorgen, dass das Gemeinschaftsrecht in allen Mitgliedstaaten in gleicher Weise angewendet wird. Damit trägt der EuGH dazu bei, der Europäischen Union Glaubwürdigkeit zu verschaffen, auch angesichts der Tatsache, dass einige der Gesetze, die unter dem Mitentscheidungsverfahren angenommen wurden, in ihren Texten Formulierungen aufwiesen, die unterschiedliche Auslegungen der juristischen Konzepte zuließen. In diesen Fällen musste der EuGH eine eindeutige und transparente Auslegung der Gesetzestexte vorlegen. Innerhalb des Gerichtshofs besteht eine sehr aktive Rechercheabteilung für die Rechtssysteme der Mitgliedstaaten, die die Arbeit des Gerichtshofs unterstützt und in vielen Bereichen tätig ist, wobei sie stets die 28 einzelstaatlichen Rechtsordnungen berücksichtigt.

In den zahlreichen Begegnungen mit Richtern und Gerichtsmitarbeitern sowie dank der Teilnahme an einer im großen Gerichtssaal stattfindenden Verhandlung und der Diskussion über bestimmte bedeutsame Rechtsfälle, die uns von Paschalis Paschalidis, Anwalt im Kabinett des Ersten Generalanwalts, und Claudia Schmidt, Anwältin im Kabinett des Richters Levits, erläutert wurden, konnten wir unser Verständnis dafür vertiefen, wie die Einhaltung der Gesetze durch die Auslegung und Anwendung des Vertrags von Lissabon sichergestellt wird.

Auch der runde Tisch, an dem die Vorsitzende der Kammern Alexander Arabadjiev und Francois Biltgen sowie die Richterin Maria Berger, die Richterin des Gerichts der

Europäischen Union Maryanna Kancheva und der Richter des Gerichts für den öffentlichen Dienst M. Rofes i Pujol teilnahmen, war sehr informativ. Wir besprachen das Für und das Wider der Reform, die einige Tage zuvor beschlossen worden war.

Der Gerichtshof besteht zur Zeit aus einem Richter für jeden der 28 Mitgliedstaaten, die von elf Generalanwälten unterstützt werden. Die Richter und die Generalanwälte werden im gegenseitigen Einvernehmen von den Regierungen der Mitgliedstaaten für eine Zeit von sechs Jahren ernannt, wobei eine Wiederernennung zulässig ist.

Die Reform des EuGH sieht eine höhere Zahl von Richtern und eine Veränderung in der Struktur der Institution durch die Einbindung des Gerichts für den öffentlichen Dienst in den Gerichtshof vor.

Mit dieser Reform wird der Gerichtshof gestärkt und in die Lage versetzt, seinen Auftrag im Dienste der europäischen Bürger weiterhin wahrzunehmen und dabei eine hochwertige und effiziente Rechtsprechung zu schaffen, so dass die steigende Arbeitsbelastung bewältigt werden kann und der Zugang zu einem Gericht in der Europäischen Union innerhalb eines angemessenen Zeitraums gewährt ist.

Die Reform besteht in der Schaffung von 21 Richterposten sowie in der Aufnahme von weiteren sieben Richtern durch die Einbindung des Gerichts für den öffentlichen Dienst. Dieser Prozess soll in drei Etappen ablaufen: zwölf Richter sollen in diesem Jahr eingestellt werden und weitere sieben im kommenden Jahr. Die übrigen neun sollen schließlich 2019 eingestellt werden, so dass dann die Gesamtzahl von 56 Richtern erreicht wird. Auf diese Weise soll die Verfahrensdauer verringert und damit auch dem Risiko begegnet werden, dass die Union aufgrund einer Verletzung der in der Grundrechtecharta festgeschriebenen Verpflichtung, Gerichtsverfahren innerhalb eines angemessenen Zeitraums abzuschließen, verurteilt wird.

Monica Baldi
EPP-ED, Italien (1994-1999)
Baldi.monica@email.it

DER KONGRESS TANZT

„Der Kongress tanzt“ ist ein Bonmot über den Wiener Kongress 1814/1815 – „... mais il ne marche pas“ (aber er geht nicht weiter). Damit wurde die Schwerfälligkeit der Verhandlungen kritisiert nach der endgültigen Waterloo-Niederlage Napoleons.

Auf dem Wiener Kongress wurde die europäische politische Landschaft neu geordnet. „Verhandlungen am grünen Tisch“ wurde ein weiteres Bonmot. Aber der Weg zu einer demokratischen Europäischen Union in Frieden und Freiheit war noch weit.

... Die FP-AP informiert sich vor Ort

Jetzt in 2015, also 200 Jahre später, erinnert Wien in einer großen Ausstellung im Kanzleramt an den Wiener Kongress. Bildhaft bezeugen in einem Hof aufgebaute Grenzpfähle die seinerzeitigen Grenzlinien zwischen den Staaten.

Mit dem Ausgang und den Folgen befassten auch wir – Andrea Manzella, Valeh Nasiri und ich - uns als Delegierte des Seminartreffens 2015 der FP-AP mit den Kollegen aus 17 Nationen.

Doch lernen wir aus der Vergangenheit unserer Völker? Welchen Weg sollten wir gehen?

Unsere Gastgeberin, Ilona Graenitz, former MEP aus Österreich, forderte „the Road of Dignity“ ein. Ihr Abschlusskommunique, das sich mit der aktuellen Flüchtlingsproblematik unserer Tage befasst, erweiterte sie dementsprechend in „A Road to Dignity also for the Refugees from Wars and Armed Conflicts“. Wir werden in unserem FMA März 2016 Bulletin, das dem Migrationsthema im weitesten Sinne gewidmet wird, näher darauf eingehen.

Franz Kampichler, Obmann der „Vereinigung öffentlicher Mandatäre und Funktionäre“ wies ebenfalls auf diesen neuen touchstone unseres derzeitigen europäischen Alltags hin. Bisher habe eine einige EU es geschafft, ihre Krisen zu bewältigen. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs vor 25 Jahren und nach der Finanzkrise 2008/2009. Die Solidarität war Europas Stärke. Was wir heute allerdings brauchen, sei ein noch stärkeres Europa !

... 70 Jahre Vereinte Nationen – Geschichte und Ausblick:

Botschafter Dr. Helmut Türk , ehemals Vizepräsident des Internationalen Seegerichtshofs, erinnerte an unsere historische Verantwortung. Er wies auf die Unverzichtbarkeit der UN hin; sie verkörpert wie kein anderer die Hoffnung der Welt auf Frieden und bessere Lebensverhältnisse. Spenden finanzieren sie. Es müssten viel mehr sein. Essen und Medizin würden schon rationiert. Und: es fehle heute auch international an Solidarität.

Wien ist seit 1979 neben New York, Genf und Nairobi einer der vier Amtssitze der Vereinten Nationen und Sitz verschiedener UNO-Einrichtungen in der sogenannten „UNO City“, dem „Vienna International Centre, VIC“. Mit mehr als 4.000 Beschäftigten aus mehr als 100 Ländern.

... wie die Europäische Union

.Zweifelsohne: Die UNO hat in 70 Jahren viel erreicht – die Liste ihrer Erfolge ist lang – auch wenn vieles wenig Beachtung findet. „Es sei keine perfekte Organisation, aber die beste, die wir haben“, sagte seinerzeit Kofi Annan. Irgendwie erinnert das an die Europäische Union ..

.... zu groß – zu viel – zu unübersichtlich?:

Der Aufgabenkatalog scheint immer größer zu werden. Über eine neue Struktur müsste nachgedacht werden.

Die 193 Mitgliedsstaaten haben dem „UN-Sicherheitsrat und Friedenssicherung“ die Hauptverantwortung für die „Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ übertragen. Ihm gehören 15 Mitglieder an: 5 ständige (mit Vetorecht): China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA und 10 nichtständige Mitglieder. Terrorismus ist seit dem 11. September ein neuer Schwerpunkt.

... eine große Herausforderung: die Entwicklungszusammenarbeit und der Menschenrechtsschutz! Denn:

Menschenrechte sind universell, unteilbar und gelten für alle Menschen in gleicher Weise – für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion.

... Stehen wir vor einer neuen historischen Verantwortung?

„Failure of leadership“, Gewalt, Menschenverachtung und Respektlosigkeit sind Wurzeln allen Übels – wie begegnen wir Hass und Terrorismus, Diktatoren und Unbelehrbaren, Fanatikern und Gewalttätigen? Auch denen vor unserer (westlichen) Haustür? Eines ist sicher: Nicht nur die UN muss schlagkräftig bleiben – auch wir in der EU müssen gemeinsam anpacken.

Das Wiener UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung widmet sich den Themen Drogen und Organisiertes Verbrechen, Verbrechenverhütung, Menschenschmuggel und Terrorismus. Zwangsarbeit, Cyber crime, die entsprechende Gesetzgebung und neue Trends stehen ebenfalls im Zentrum; auch eine 2020- New Strategy plus einem globalen Aktionsplan, Frontex, ICAT und UNHCR.

... Sind wir in der Lage, mit der augenblicklichen politischen Situation fertig zu werden?

Mag. Andreas Schieder, Chairman of the Social-Democrat Members in the Austrian „Nationalrat“, beschrieb erfrischend direkt die Parteien-Gruppierungen (auch die eigene) und –Situationen und ihr Profil als „weird“. Häufige Ministerwechsel (oder Neuwahlen) und Block-Bildungen beruhigen nicht.

... Wer übernimmt die Verantwortung in dieser unheilvollen internationalen Konstellation? Oder ist die Lösung eine „Mission impossible“?

Zum Beispiel an den (Schengen-)Grenzen? Die Migrationsfragen sind Angelegenheit der Mitgliedstaaten, aber ohne Übereinkunft der Hauptakteure (in der EU und der Welt) geht es nicht.

Optimistisch verteidigte - beim vorzüglichen Abschlussessen im in der Wachau gelegenen Benediktinerstift Gättweig - Mag. Wolfgang Sobotka, Deputy Governor, unsere EU. Europa sei stark, wenn es nur will. Es kann seine Grundwerte verteidigen.

Dr. Judith Gebetsroithner, spezial advisor to the Austrian Chancellor, forderte, auf den Gipfeltreffen (endlich) bei aller Kompromiss-Bereitschaft und –notwendigkeit Prioritäten zu definieren und einen Krisen-Rat einzurichten. Die Kluft zwischen Europa und den

Nationalparlamenten muss überbrückt werden – unter Beachtung des Prinzips der Subsidiarität.

... Ist eine Interparlamentarische Versammlung der FP-AP erstrebenswert?

Andrea Manzella ist dafür. Die „grünen“ Verhandlungstische, wie wir sie auch im Kanzleramt vorfanden, garantieren doch schon historisch gesehen von sich aus einen erfolgreichen Dialog über das gemeinsame und solidarische Vorgehen und die Achtung unserer Werte und Vorstellungen von Frieden und Demokratie unter Wahrung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

Die Interparlamentarische Versammlung wird wieder auf die Tagesordnung der FP-AP kommen. Ebenso das Flüchtlingsthema. Paris (Generalversammlung), Stockholm (Seminar) und Lyon (Colloquy) sind 2016 die Austragungsorte.

Das intensive Brainstorming mündete in einem herzlichen Dankeschön an unsere österreichischen Gastgeber.

Brigitte Langenhagen
EPP-ED, Deutschland (1990-2004)
Brigitte-langenhagen-cux@t-online.de

- **PROGRAMM *EP TO CAMPUS***

„EP TO CAMPUS“ IN BAYONNE

Als ich die Einladung der Universität Bayonne vor mir hatte, einen Vortrag über die Fischereipolitik der Union zu halten, hatte ich keinen Anlass zu zögern.

Im Parlament saß ich im Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr. Darum war ich erschüttert über die Meeresumweltkatastrophe durch den Untergang der „Prestige“ 2003 und das menschliche Versagen, das ihr vorausging. Danach war ich als einer der ersten Abgeordneten des Europäischen Parlaments vor Ort in Galicien, wo ich half, das Öl an den Felsen und auf den Stränden zu beseitigen und die Schädigung des Ökosystems und der Aquakultur in den vielen Buchten festzustellen.

Die Fischer hatte es schlimm getroffen, aber auch den Tourismus und die regionale Entwicklung. Die Einladung kam im Rahmen der Sommeruniversität 2015, die das Centre d'Excellence Jean Monnet d'Aquitaine gemeinsam mit den Universitäten Bordeaux, Pau und Laval unter Mitfinanzierung aus dem Programm Erasmus der EU veranstaltete. Das für dieses Jahr gewählte Thema hieß „Die EU und das Meer“.

Während der ganze Woche kamen zahlreiche Aspekte zur Sprache, wie neue Entwicklungen im internationalen Recht, Seeverkehr und Sicherheit auf See, Umweltschutz, Bewachung von Seegrenzen – und schließlich am Freitag die Fischerei.

Ich durfte am Vormittag den Auftakt übernehmen mit einer Übersicht über die Entwicklung der Rechtsvorschriften. Im Rom-Vertrag ist die Fischerei noch Bestandteil der Agrarpolitik. Ein gesonderter Politikbereich entwickelt sich nur langsam, gerade nach dem Beitritt von Ländern mit großen Fischereifloten.

Das Problem bestand von Anfang an in der Aufteilung der verfügbaren Fangmengen und der Bekämpfung von Überfischung. Die ausschließlichen Hoheitsgewässer wurden auf 200 Seemeilen ausgedehnt, und die Fangquoten wurden aufgeteilt, aber es gab auch Abwrackprämien, um die Flotten zu verringern, und soziale Unterstützung für Fischer. Eine erste bedeutende Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik kam 2002, weil die zuvor geltenden Regelungen nicht geholfen hatten. Der Zustand der Bestände verschlechterte sich stetig. Nachhaltigkeit wurde zum neuen wichtigen Aspekt – und zwar ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit.

Dank dem Vertrag von Lissabon wurde das Parlament endlich als Rechtsetzungsorgan anerkannt, und man konnte einen gründlicheren Ansatz verwirklichen.

Seitdem gelingt denn auch die Erhaltung der Fischbestände ebenso wie der Ökosysteme besser, denn das eine lässt sich nicht getrennt vom anderen betrachten. Die Gründung der Europäischen Fischereiaufsichtsagentur in Vigo (Spanien) trug entscheidend zu besserer Überwachung bei, und heute wird jedes Fischereifahrzeug über Satellit beobachtet. Die Fischer selbst haben mehr Mitspracherecht durch die regionalen Beiräte.

Die Mehrjahresplanung der Fischereipolitik beruht auf wissenschaftlichen Daten.

Der Fischereiausschuss ist ständiger Ausschuss und nicht mehr ein Unterausschuss des Landwirtschaftsausschusses.

Auch Aquakultur kommt inzwischen voll zur Geltung; es gilt auch da ökologische Korrekturen anzubringen und den Markt zu regeln.

Ich konnte also abschließend feststellen, dass hier ein positives Beispiel eines Politikbereichs der Union gegeben ist, dessen Effizienz ständig zunimmt, der aber auch ökologischer und demokratischer wird.

Im Übrigen bin ich dort auf die neuen Möglichkeiten eingegangen, die sich der Aquakultur an Land bieten – siehe www.aqua4c.be – und da zeigt sich, dass die Agrarpolitik doch wieder eine Rolle bekommt ...

Jan Dhaene
Greens/EFA, Belgien (2002-2004)
jandhaene@telenet.be

EUROPÄISCHE IDENTITÄT, AMERIKANISCHER GEIST

Jahr des Wissens 2015 der Amerikanischen Universität in Bulgarien

Blagoevgrad scheint weit entfernt von Brüssel zu liegen, doch sobald man in der bulgarischen Stadt ankommt, ändert sich das. Die im Westen des Landes ca. 100 km von Sofia und 50 km von der mazedonischen Grenze entfernt gelegene Stadt steckt voller großartiger Überraschungen. Die größte Überraschung ist die Amerikanische Universität mit ihrem Campus und den 1 000 Studierenden, die von hoch qualifizierten Professoren aus aller Welt, darunter viele aus Europa, unterrichtet werden. Mit Blagoevgrad wurde 1991 ein hervorragender Standort für die Amerikanische Universität in Bulgarien gewählt. Die Stadt wurde über die Jahrhunderte mehrere Male zerstört und wieder aufgebaut, bevor Parteiführer Blagoev sie zu dem exklusiven Resort machte, in dem in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts ausländische Diplomaten empfangen wurden. Die Amerikanische Universität, die sich Gebäude mit der örtlichen Universität teilt, wird derzeit erweitert. Kürzlich wurden neue moderne Gebäude errichtet, in denen den Studierenden, dem Lehrpersonal und der örtlichen Bevölkerung der neueste Wissensstand vermittelt wird. Die größte Bibliothek in der Balkanregion mit 40 000 Büchern zu Politik und Wirtschaft war der ideale Ort für meinen Vortrag zum Thema Energieunion.

Beim Betreten der Bibliothek schien es mir, als ob die Hälfte des Saals leer bleiben würde. Doch plötzlich füllte sich der Saal mit motivierten, enthusiastischen Zuhörern aus vielen verschiedenen Ländern der EU und außerhalb der EU, die sich mit den Professoren in einer sehr lockeren Atmosphäre austauschten.

Bei der Energieunion handelt es sich um eine der größten Herausforderungen, wenn nicht sogar um die größte Herausforderung für die EU. Können wir im Rahmen des bestehenden Rechtsrahmens und mit dem politischen Status quo die erforderlichen Maßnahmen für den dringend notwendigen Wandel ergreifen? Kann die Modernisierung, Digitalisierung, Senkung von CO₂-Emissionen und die Ökologisierung mit der absoluten Notwendigkeit reduzierter Energiepreise für Privathaushalte und Unternehmen, um die allgemeine Energieversorgung sicherzustellen und gleichzeitig Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten, einhergehen?

An den Vortrag schloss sich eine lebhafte Debatte an, und rund 20 Fragen, die von den Zuhörern gestellt wurden, haben mir erneut bewiesen, dass die junge Generation unsere Anerkennung für ihren Wissensstand und ihr Engagement, das sie mit Blick auf die zukünftige Entwicklung an den Tag legt, verdient. Die Fragen bezogen sich auf eine bessere Zusammenarbeit und auf die gemeinsamen geopolitischen und ökologischen Bedrohungen.

Mein Besuchsprogramm begann allerdings vor der Abendveranstaltung. Die Studentenbotschafterin Stella, die sich ehrenamtlich um Besucher kümmert, organisierte am Vormittag eine kurze Stadtführung. Anschließend stand ein gemeinsames Mittagessen mit den Mitgliedern des European Societal Club auf dem Programm. Am Nachmittag gab es einen Vortrag darüber, wie MdEP Lobbyisten finden und wie sich Lobbyisten vorbereiten und für Transparenz sorgen müssen. Auch wurde erörtert, wie eine Sitzung organisiert und nachbereitet wird. Heutzutage werden zwar immer mehr Entscheidungen kurzfristig und in

Echtzeit getroffen, doch ohne aktuelle Informationen über das jeweilige Thema und einen Kontext geht es nicht. Die Studierenden arbeiten an einer in naher Zukunft stattfindenden Präsentation über echte Lobbyarbeit betreffend reale Gesetzgebung wie die Richtlinie über Geschäftsgeheimnisse. Sie werden demnächst nach Brüssel kommen, um Erfahrungen zu sammeln und mit MdEP und Verwaltungsbeamten des Rates zusammenzutreffen.

Schließlich möchte ich auf das Personal der Universität zu sprechen kommen. Der Belgier Jean Crombois unterrichtet seit 10 Jahren Europäische Studien an der Universität. Er ist ständig auf der Suche nach Drittmitteln zur Förderung der Studierenden. Die Einladung ehemaliger MdEP ist nur eine seiner Methoden, mit denen er das Interesse der Studierenden wecken möchte. Mein Zusammentreffen mit dem Präsidenten, den Professoren und auch dem Verwaltungsteam lässt mich zur selben Schlussfolgerung gelangen. Die Grundsätze der AUBG stehen nicht nur auf Papier. Die Universität lässt ihren Worten Taten folgen. Blagoevgrad kann damit ein europäisches Exzellenzzentrum sein, das die europäischen Werte fördert und Studierenden aus 40 Ländern den besten Wissensstand vermittelt.

Edit Herczog
S&D, Ungarn (2004-2014)
mrs.edit.herczog@gmail.com

- **BUCHBESPRECHUNG**

„IDENTITÄT UND WERTE: WOFÜR KÄMPFEN WIR EIGENTLICH?“ VON PHILIPPE
HERZOG, VON LE MANUSCRIT VERÖFFENTLICHT

In dieser Stunde der Wahrheit, die Europa, unser Europa, derzeit durchlebt, stellt das Buch „Identité et valeurs: quel combat?“ („Identität und Werte: wofür kämpfen wir eigentlich?“) von Philippe Herzog den leidenschaftlichen Appell eines unermüdlichen Pilgers dar, der ständig auf der Suche ist nach dem Gleichgewicht zwischen dem notwendigen Pragmatismus, „eine Gesellschaft in Europa zu formen“, und der kreativen Utopie eines aufrichtigen Humanisten, der den Willen wiederbeleben möchte, „sich der europäischen Seele anzunehmen und ein politisches Vorhaben des Zusammenlebens erneut möglich zu machen“. Der Autor gibt zu, dass „Europa sowohl eine Sache des Glaubens als auch des Verstands“ ist.

Der Weg einer kulturellen Wiedergeburt Europas geht über eine schonungslose kritische Analyse bestimmter Dogmen, die bei weitem nicht ausreichen, um sich künftig über ein gemeinsames Vorhaben und eine Zukunftsvision zu verständigen. Unser kollektives und individuelles Unvermögen, die politische Verantwortung für die Führung und Solidarität zu übernehmen, hat den universellen europäischen Geist geschwächt, der ohnehin Mühe hat, es mit den Herausforderungen der Globalisierung aufzunehmen.

Diese Globalisierung schürt unter anderem deshalb Ängste, weil die Grundlagen für das Erlernen des Multikulturalismus nicht von allen Bürgern beherrscht und gemeinsam genutzt werden, die gleichzeitig in der Lage sein sollen, „ihre nationale Identität neu zu erschaffen, eine europäische Bürgerschaft anzunehmen und sich in eine Weltgesellschaft einzufügen.“

Der Verfasser fordert uns auf, eine positive Sichtweise einzunehmen, da die Globalisierung „uns zwingt, unsere Andersartigkeit auszuleben und zu entwerfen“, damit wir uns vom Joch der „kulturellen Weckgläser“ (Thomas Mann) befreien. Auch müssten sich unsere Erziehungs- und Bildungssysteme den zahlreichen Herausforderungen stellen, die mit der Aneignung von Wissen verbunden sind, vom Know-how über die Herausbildung der Persönlichkeit bis hin zur richtigen Lebensführung...!

Ich stimme der Leitidee von Philippe Herzog zu, wonach der europäische Weg ins 21. Jahrhundert über beträchtliche Investitionen in den grenzüberschreitenden Menschen führt, denn die Art des Umgangs miteinander ändert sich, und es entstehen neue Formen des kollektiven Ausdrucks.

Damit die zahlreichen Krisen überwunden werden können, ohne dass dieses weltweit einzigartige Gesellschaftsmodell aufgegeben wird, das mit der Union entstanden ist (und von dem Millionen von Menschen auf der Erde immer noch träumen!), bedarf es eines angestregten Nachdenkens und der Maßnahmen von kontinentalem Maßstab, sodass ein neues Entwicklungsmodell auf der Grundlage echter produktiver Solidarität entstehen kann, bei dem die Menschen Zugang zu den wesentlichen öffentlichen Gütern (Bildung, Gesundheit und Arbeit) haben.

Es ist an der Zeit, einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ zu entwerfen, in dem gemeinsame Formen der Bildung und Mobilität (zwecks individueller und kollektiver Horizonterweiterung) zum Tragen kommen und mit dem der Zugang zu einem europäischen Arbeitsmarkt gefördert wird, und dies auf der Grundlage gemeinsamer Werte, Erinnerungen und Vorstellungen, die nicht nur für den Einzelnen gültig sind, sodass Engagement einen neuen Sinn bekommt und die Perspektive für eine transnationale Demokratie geöffnet wird.

Wie viele Entscheidungsträger bringen aber den Mut auf, von ihren Machtspielchen abzulassen und durch ihr Handeln ethische Prinzipien zu bekräftigen?

Wie viele sind gewillt, sich von der medialen Übermacht zu befreien?

Wie vielen gelingt es, wie es ihnen die Kunst und an erster Stelle das Kino trotz all seiner Unzulänglichkeiten ermöglicht, „die Menschen erkennen zu lassen, was sie alles vollbringen können“, um eine „kulturelle Wiedergeburt Europas“ zu erreichen?

„Europa: Zerfall oder Metamorphose“?

Ein Weckruf, ein Hoffnungsschrei.

Dieser Essay ist ein bewegender Appell zur Mobilisierung aller schöpferischen Kräfte, die Großes erschaffen können!

Philippe Herzog bemüht sich unermüdlich, „das Unverhoffte“ einzuleiten...

die UTOPIE...!..?

Vielleicht...

Aber ist das zu viel verlangt?

Wird UNS da zu viel abverlangt?

Bernadette Vergnaud

S&D, Frankreich (2004-2014)

bernadette.vergnaud@wanadoo.fr

Vizepräsident von Confrontations Europe